



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Steuerlast der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vertrauensmann in dem Kabinett, dem die Aufgabe obliegt, darüber zu wachen, daß die Politik der Regierung sich nicht von den Traditionen der liberalen Wirtschaftspolitik entferne. Daß ihm das gelingen werde, dafür bürgt seine erprobte Geschicklichkeit und die geringe Widerstandsfähigkeit magyarischer Politiker gegen die Argumente der Börse.

Am schlechtesten bei dem Handel ist die Krone weggekommen: ihr wurde nur ein kurzfristiger Waffenstillstand gewährt, und zwar unter Bedingungen, die sie außer Stand setzten, nach Ablauf dieser Frist noch einmal mit Aussicht auf Erfolg den Kampf um ihre Rechte an der Armee aufzunehmen; denn indem sie der Opposition die staatliche Administration ausliefert, schwindet für sie jede Möglichkeit, im Falle des sicher zu erwartenden Wiederausbruchs des Verfassungskonflikts die staatliche Verwaltung wieder in die Hand zu bekommen, da es doch natürlich die erste Sorge des neuen Kabinetts sein wird, der Beamtenschaft für den Fall, daß die Krone ihre Majestätsrechte über die Armee nicht aufgeben sollte, auf die passive Resistenz gehörig einzudrillen.

Die Hauptsache in dieser Hinsicht ist schon geschehen, da es sich bestätigt, daß die unter dem Ministerium Fejervary wegen Widerseßlichkeit suspendierten Beamten wieder eingesetzt und die an ihrer Stelle neu ernannten aber einfach entlassen oder pensioniert werden, obgleich sie in vielen Fällen mit Lebensgefahr den dem Könige geschwornen Eid gehalten und die Anordnungen der Regierung durchgeführt hatten.

In demselben Maße als das Kompromiß für die Krone ungünstig ist, ist es für die Opposition günstig, allerdings ist ein bedeutender Teil ihres Machtzuwaches nur scheinbar, da sich die dritte politische Macht in Ungarn, die Hochfinanz, durch ihre Intervention nunmehr als höchste Instanz etabliert hat, durch Dr. Weyerle das Kabinett beherrscht und der Krone oder dem Parlament ihre Gunst zuwenden wird, je nachdem sich jene oder dieses ihren Forderungen fügt. Die Lösung der ungarischen Krise ist damit zu einem Schulbeispiel für die seltsamen Machtverschiebungen in modernen Staate geworden.



Die Steuerlast der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens



riedrich der Große schrieb in einem Briefe an Voltaire: „Die Landwirtschaft ist die erste aller Künste, ohne die es keine Könige, Kaufleute, Poeten, Philosophen geben würde. Es existieren keine andern wahren Reichtümer als die, die der Boden hervorbringt.“ Hundert Jahre später bezeichnete Bismarck in einer seiner klassischen Reichstagsreden den Bauernstand als „die Grundfeste des Staates“. Und heute, wo der in der Ära Caprivi herabgesetzte frühere Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte wiederhergestellt worden ist, sieht man auf den Bauernstand als auf den wichtigsten Bestandteil unsrer Bevölkerung,

schon allein deshalb, weil er auf absehbare Zeit hinaus einen Rekrutenerfatz für unser Heer liefern wird, wie es kein andres Gewerbe vermag. Daß aber bei der zentralen Lage unsers Vaterlandes im Herzen von Europa alles auf die Erhaltung der Umnachahmlichkeit unsrer Armee ankommt, bedarf keines Beweises, denn was hilft uns aller Wohlstand und wirtschaftlicher Aufschwung, wenn uns böse Nachbarn, wie sie es früher so oft getan haben, der Früchte unsers Fleißes wieder berauben könnten!

Bei der in immer weitere Kreise gedrungnen Überzeugung von der Bedeutung unsrer Landwirtschaft ist es um so auffallender, daß die Grafen Königs-
mark und Mirbach-Sorquitten kürzlich im preußischen Herrenhause feststellen konnten, daß landwirtschaftliche Betriebe der Monarchie mit 45 bis 50 Prozent ihres Reinertrages zu Steuern und Abgaben herangezogen werden. Charakteristisch bei ihren Ausführungen war, daß sie ganz dieselben Argumente ins Feld führten, die einst Bismarck im Jahre 1879 verwandt hat. Daß das Vermögen des Landwirts frei in der Sonne den scharfen Augen des Fiskus preisgegeben ist, während fast alle andern Vermögensarten mehr oder minder der Kontrolle entzogen sind, kann eben nur jemand voll würdigen, der diese Tatsache am eignen Fleische empfunden hat. Gerade deshalb ist es so gut für einen Minister, wenn er selbst Grundbesitz hat, da er dann erst so recht merkt, wie das Regiertwerden tut, und wo die „Untertanen“ der Schuß drückt.

Es ist eines der größten Verhängnisse der Reichstagspolitik, daß auf dem wichtigen Gebiete der Reichsfinanzgesetzgebung die Vorschläge Bismarcks nicht angenommen worden sind. Mit genialem Blick hatte er erkannt, daß es eine wichtige Aufgabe der preußischen Regierung sei, „den Druck der direkten Steuern auf die Landwirtschaft zu vermindern und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und andern drückenden direkten Abgaben zu entlasten“. Zur Erreichung dieses Zieles war in der Allerhöchsten Botschaft vom November 1881 auf die Eröffnung ergiebigerer Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hingewiesen, und die sozialen Versicherungsgesetzentwürfe waren von Bismarck nur für den Fall der gleichzeitigen Einführung des Tabakmonopols eingebracht worden. Die sozialen Gesetze mit ihrer Belastung des Stats traten in Kraft, aber aus parteipolitischen Rücksichten wurde damals die indirekte Steuerquelle nicht erschlossen. Damit wurde nicht nur die Festigung des Reiches durch neue und ergiebige Finanzen auf Jahrzehnte hinaus verhindert, sondern auch die Entlastung der überbürdeten Landwirtschaft von direkten Steuern hintertrieben.

Die Miquel'sche Steuerreform hat allerdings bewirkt, daß in vielen Regierungsbezirken der preußischen Monarchie jetzt weniger „Staatssteuern“ erhoben werden, als ohne die Reform gezahlt werden müßten, aber seit 1879 sind so zahlreiche neue andre Abgaben und Lasten für die preußische Landwirtschaft hinzugekommen, daß dieser Umstand nur wenig ins Gewicht fällt. Im Jahre 1879 betrug, wie Bismarck damals im Reichstag ausführte, die Summe der direkten Steuern und Abgaben eines mittlern landwirtschaftlichen Betriebes im Westen des Staats durchschnittlich 20, im Osten aber oft bis zu 30 Prozent des Reineinkommens. Diese Belastung wurde damals als eine

exorbitant hohe betrachtet und mit als Grund für die geforderten Kornzölle angeführt, die hauptsächlich die auswärtigen Kornproduzenten treffen und so den Steuerdruck der inländischen Getreidebauer etwas ausgleichen sollten.

Wenn es wirklich ein Glück der Nation sei, so argumentierte Bismarck, vor allen Dingen wohlfeiles Getreide zu haben, so sollte man annehmen, daß man anstatt immer höherer Steuern eher eine Prämie auf den Getreidebau im Lande gelegt oder es doch wenigstens im höchsten Interesse der öffentlichen Ernährung gefunden hätte, daß der inländische Getreidebau möglichst steuerfrei wäre, damit er recht wohlfeil den Konsumenten versorgen könnte. Statt dessen sei kein Gewerbe im ganzen Lande so sehr besteuert wie die Landwirtschaft. Vergleicht man aber die jetzige Steuerbelastung von 30 Prozent (im Westen und in der Mitte der Monarchie) und von 45 Prozent (im Osten) mit der von 20 bis 30 Prozent im Jahre 1879, so werden wir mit Schrecken gewahr, wie wenig die Worte des getreuen Eckart gefruchtet haben. Und doch geht die Sache so auf die Dauer nicht weiter, wenn nicht ernste wirtschaftliche Folgen eintreten sollen. Diese Überlastung mit direkten Steuern ist schon jetzt der Hauptgrund der hohen landwirtschaftlichen Produktionskosten, die also nur dann wesentlich vermindert werden können, wenn die direkten Steuern gleichmäßig auf alle Erwerbskreise verteilt und dadurch die Landwirte weniger in Anspruch genommen würden.

Die Produktionskosten setzen sich im allgemeinen zusammen aus den direkten Steuern und Abgaben, den indirekten Steuern, den Arbeitslöhnen, den Ausgaben für das tägliche Leben, den Ausgaben für künstlichen Dünger, Kraftfutter und Maschinen, den Zinsen des in dem Grundeigentum investierten Kapitals und unter Umständen noch aus den Schuldzinsen. Von allen diesen Posten läßt sich bei den Anforderungen, die an einen modernen intensiven Wirtschaftsbetrieb gestellt werden, außer dem für Steuern und Abgaben kein einziger wesentlich herabsetzen. Je nach dem größern oder dem geringern Maße persönlicher Tüchtigkeit mögen geringe Schwankungen vorkommen, aber das Ausschlaggebende bleiben doch immer die Geldaufwendungen für die zuerst genannten Posten, die außerdem nicht nur einen unverhältnismäßig großen Teil der Produktionskosten ausmachen, sondern auch ebenso unerbittlich wie Schuldzinsen eingetrieben und deshalb vor allen andern Summen bezahlt werden.

Die Folge dieser Zustände wird sein, daß alle, die es nur irgend können, ihren Grundbesitz verkaufen. So hat Graf von Mirbach-Sorquitten schon die Konsequenz seines Standpunkts gezogen und zwei westpreußische Güter — natürlich an deutsche Erwerber — veräußert wegen der zu hohen kommunalen Belastung. Noch schlimmer als die Großgrundbesitzer sind aber die Bauern daran, denn sie können sich gegen die amtlich beliebte Veranlagung zu den Staats-, den Kreis- und den Kommunalsteuern so gut wie gar nicht wehren. Während der städtische Kapitalist nur so viel versteuert, als er selbst angibt, wird bei dem ländlichen Eigentümer genau geschätzt, wieviel wohl sein Grundbesitz wert ist, und wieviel er einbringt. Dabei ist es vorgekommen, daß ein Bauer, dessen Besitz zufälligerweise in zwei Kreisen lag, in beiden mit dem vollen Einkommensteuerfusse zur Kreissteuer herangezogen wurde, und daß er

dies mehrere Jahre nicht bemerkte, weil ihm diese Veranlagung bekanntlich nicht direkt mitgeteilt wird, sondern nur in den Listen verzeichnet steht, die eine kurze Frist lang ausgelegt werden. Ein anderer mittlerer Grundbesitzer hat mehrere Jahre einen um das Doppelte zu hohen Beitrag zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft bezahlt, weil sich diese in der Gefahrenklasse geirrt hatte, worüber ihn aber weder der Gemeinde- noch der Amtsvorsteher noch der Sektionsvorstand aufklären konnte. Von hundert Bauern wissen noch nicht fünf, weshalb sie die einzelnen Steuern und Abgaben in der ihnen bekannt gegebenen Höhe zu zahlen haben, denn ihnen sitzt der Autoritätsglaube — was ja an sich gewiß sehr erfreulich ist — noch so in Fleisch und Blut, daß sie in der Regel ohne Zaudern alles zahlen, was „von oben“ befohlen wird. Es ist darum geradezu eine Ehrenpflicht der Regierung, mehr als bisher die Veranlagung aller Steuern und Abgaben einer genauen Nachprüfung unterziehen zu lassen. Die meisten Bauern sind jetzt gar nicht mehr in der Lage, sich in Steuerfragen Rat zu verschaffen, da die Landräte infolge der eingetretenen bürokratischen Überlastung keine Zeit mehr haben, täglich den Landbewohnern, die vertrauensvoll zu ihnen kommen, Aufklärung zu erteilen. Vielleicht könnten aber die Pastoren und die Lehrer alljährlich bei der Regierung einen kurzen Informationskursus über die Steuer- und andre einschneidende Gesetze durchmachen und dann ihrerseits in den Gemeinden aufklärend wirken und diese schwierige Materie allen, die sie um Rat fragen, verständlich machen.

Der größte Fortschritt in der Besteuerung der Landwirtschaft wird aber dann eintreten, wenn die Regierung den Grundsatz weiter verfolgt, einerseits den ungeheuerlichen Prozentsatz der Steuer vom Reineinkommen herabzusetzen und andererseits die Steuerkraft durch volkswirtschaftliche Maßnahmen zu vermehren. Alles, was der Staat durch Aufrechterhaltung des Zollschutzes, durch Förderung der Kredit-, der Kauf- und der Verkaufsgenossenschaften, durch staatliche Amortisation der Schuldenlasten, durch weiteren Ausbau des Nebenbahn- und des Kleinbahnnetzes, durch innere Kolonisation, durch Erleichterung der Kultur von Ödländereien zunächst für die heimische Landwirtschaft tut, steigert nicht nur deren Steuerkraft, sondern kommt der Gesamtheit zugute, weil die bessern Einnahmen der Landwirtschaft die Grundlagen einer Belebung des ganzen wirtschaftlichen Lebens, insbesondere auch der Industrien unsers Vaterlandes bilden werden.

Es ist deshalb im Interesse des ganzen Deutschen Reiches, daß die heimische Landwirtschaft intakt erhalten und gestärkt werde, zumal da die internationale Konkurrenz sicher mit der Zeit an Bedeutung verlieren wird. Schon jetzt sind die Vereinigten Staaten von Amerika an einem Wendepunkt angelangt, wo sich der in den letzten Jahrzehnten betriebne Raubbau geltend macht und zu der künstlichen Düngung nötigt, und bald werden sie all ihr Korn selbst brauchen für die sich so rapid vermehrende Bevölkerung. Argentinien wird allerdings in steigender Proportion Europa mit Getreide überschütten, aber auch dort wird die Zeit kommen, wo der Boden erschöpft sein und durch die eingewanderte Bevölkerung ein stärkerer innerer Konsum eintreten wird. Deshalb kommt in der Übergangszeit alles darauf an, daß die heimische Landwirtschaft gekräftigt

und befähigt werde, immer größere Getreide- und Viehmengen zu liefern — eine Aufgabe, der sie um so leichter wird gerecht werden können, wenn die direkten Steuern und damit die Produktionskosten herabgesetzt werden. Jedenfalls müßte die preussische Regierung, ehe sie zu neuen direkten Reichssteuern ihre Zustimmung gibt, zunächst durch eine Enquete genau ermitteln, wie sich die Belastung der Landwirtschaft mit direkten Steuern in den einzelnen Provinzen stellt, und zwar nicht die Gesamtbelastung aller Betriebe einer Provinz, sondern die Belastung einzelner Betriebe im Verhältnis zu ihrem Reinertrage, da nur diese Feststellung ein richtiges Bild von der Sachlage gibt.



Eine französische Kriegspantomie



Es ist auffallend, daß die Kriegsgerüchte nicht verstummen wollen. Die Marokkofrage bietet u. a. noch nicht genügenden Grund zu dieser Beunruhigung der öffentlichen Meinung, denn die damit verknüpften Interessen liegen, namentlich dem deutschen Empfinden, doch recht fern. Weit mehr Einfluß hat jedenfalls die Presse, die sich in England wie in Frankreich darin gefällt, auf kriegerische Gelüste Deutschlands hinzuweisen und gewisse Äußerungen, die an hoher Stelle gefallen sind, ganz unberechtigterweise als „Säbelgerassel“ zu deuten. Wenn man, wie der Verfasser dieser Zeilen, im Nordwesten der Schweiz, etwa gleich weit entfernt von der deutschen und von der französischen Grenze lebt, da hat man reichlich Gelegenheit, zu erfahren, wie lebhaft die Befürchtung vor einem deutsch-französischen Kriege ist, und wie auf aller Zunge die Frage liegt: Wer trägt die Schuld an diesen Zwistigkeiten? Wer rüstet? Wer wird beginnen? Wird es überhaupt zum Kriege kommen? Diese Fragen kann man täglich hören, und den politischen Anschauungen entsprechend, die nun einmal hier in weiten Kreisen herrschen, hört man meist die Antwort, daß Deutschland die Schuld trage, und daß Deutschland durchaus nichts gegen einen neuen Waffentanz mit Frankreich einzuwenden haben werde; vielfach geht man sogar so weit, unsern Kaiser verantwortlich zu machen und ihm Kriegsgelüste zuzuschreiben. Da hilft auch aller Hinweis auf die Friedensbestrebungen seiner ganzen Regierungszeit, auf das Entgegenkommen, das er Frankreich gegenüber jederzeit beobachtet hat, auf seine wiederholten Äußerungen noch in der jüngsten Zeit, namentlich in der Thronrede bei der Eröffnung des Reichstags, nichts, sondern man glaubt nun einmal, daß Kaiser Wilhelm gern des Schwertes Schärfe auch einmal erproben möchte.

Wer hat nun aber eigentlich dieses Kriegsgeschrei veranlaßt, und wer trägt die Schuld daran, daß man in weiten Kreisen an einen Krieg glaubt oder doch geglaubt hat? Wenn wir diese Frage ganz unparteiisch beantworten wollen, müssen wir die Schuld in der Hauptsache jenseits der französischen Grenze finden und einen großen Teil der französischen Presse verantwortlich machen,